

Notizen

Die Meldung, in einem Laborversuch am Medizinischen Zentrum der „George Washington University“ sei erstmals eine erfolgreiche Klonierung menschlicher Embryos erfolgt, hat weit über die Vereinigten Staaten hinaus zu einer heftigen Debatte über die Berechtigung und Verantwortung der Embryonenforschung geführt. Unter wissenschaftlichen Aspekten seien dabei die von zwei US-Forschern erzielten Resultate keineswegs spektakulär, lautete dabei das fast einhellige Urteil der Fachwelt, darunter auch die Deutsche Forschungsgemeinschaft. Zugleich forderte die DFG aber entschieden die weltweite Ächtung solcher Experimente: Sie seien moralisch nicht zu vertreten und verletzen die Menschenwürde. Massiver Protest gegen solche Experimente kam auch von kirchlicher Seite: Der Vorsitzende der Deutschen Bischofskonferenz, Bischof Karl Lehmann, bezeichnete diese Experimente als eine fundamentale Bedrohung der geschichtlichen und personalen Einmaligkeit des Menschen. Vertreter der großen Kirchen wie der Nationale Kirchenrat in den Vereinigten Staaten warnten vor der Vorstellung, Menschen züchten zu können. Auch wenn die Gentechnik insgesamt nicht abzulehnen sei, dürfe dennoch nicht alles getan werden, was möglich sei.

Als erster Ökumenischer Patriarch von Konstantinopel besuchte Patriarch Bartholomaios I. Ende Oktober eine Woche lang die Bundesrepublik. Bartholomaios, der seit Ende 1991 Ökumenischer Patriarch und damit Ehrenoberhaupt aller orthodoxen Kirchen ist, hat einen Teil seiner theologischen Studien in München absolviert. Bei seinem Deutschlandbesuch traf er mit dem Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz und dem EKD-Ratsvorsitzenden sowie mit den höchsten staatlichen Repräsentanten zusammen. Zum Abschluß seines Besuchs äußerte sich der Patriarch sehr zufrieden über die Situation der orthodoxen Christen in Deutschland, die in „bewundernswerter Harmonie mit allen religiösen und politischen Institutionen“ lebten.

Einen Text der Vereinten Nationen zum Thema „Bevölkerung und Entwicklung“, der als Entwurf auf der internationalen Konferenz zu Bevölkerungs- und Entwicklungsfragen 1994 in Kairo als Schlußdo-

kument vorgelegt werden soll, hat der Sekretär des Päpstlichen Familienrates, Bischof Elio Sgreccia, kritisiert. Sgreccia beklagte die Befürwortung künstlicher Verhütungsmittel, ohne daß die Methoden der natürlichen Geburtenplanung erwähnt würden. Anfang des vergangenen Monats gab der Ständige Vertreter des Heiligen Stuhles bei den Vereinten Nationen bekannt, der Vatikan werde in diesem Jahr erstmals seine symbolische Spende an das UN-Weltkinderhilfswerk Unicef zweckgebunden überweisen, um damit zum Ausdruck zu bringen, das Unicef Methoden der Familienplanung unterstütze, die von der katholischen Kirche nicht gebilligt würden.

Zu beträchtlicher Unruhe und einer breiten Protest- und Solidaritätswelle in der katholischen Kirche Mexikos hat der „Fall“ des Bischof der Diözese San Cristobal de las Casas, Samuel Ruiz Garcia, geführt: Die Presse hatte Ende Oktober berichtet, der Apostolische Nuntius in Mexiko, Erzbischof Girolamo Prigione, habe auf Weisung des Vatikans dem für sein Engagement für die Indios und Armen bekannten und geschätzten Bischof nahegelegt, einer Versetzung zuzustimmen. Nach Aussagen von Bischof Ruiz wurde ihm vom Nuntius mitgeteilt, die vatikanische Bischofskongregation werfe ihm „Irrtümer“ in der Lehre vor und fordere ihn auf, seine pastorale Tätigkeit zu „überdenken“. Gegen eine mögliche Absetzung haben sich indessen die mexikanischen Jesuiten gewandt und 20 000 Gläubige unterzeichneten ein Schreiben an den Vatikan, in dem der Verbleib von Ruiz gefordert wird.

Eine positive Bilanz des vor einem Jahr in Mecklenburg-Vorpommern eingeführten Religionsunterrichts zog jetzt Steffi Schnoor, die Kultusministerin des Bundeslandes. Eine Umfrage hat ergeben, daß dort, wo Religionsunterricht bisher angeboten wird, etwa 50 Prozent der Schüler an ihm teilnehmen. Angeboten wird Religionsunterricht in Mecklenburg-Vorpommern derzeit in 205 Schulklassen. Frau Schnoor wertete die Umfrage als Beleg dafür, daß das Fach Religion mit seinen Inhalten von den Schülern angenommen werde; es zeige sich, daß es ihnen wirklich ein Stück Lebenshilfe geben könne. Für die Zukunft sei eine verstärkte Information der Eltern über Ziele und Inhalte des Religionsunterrichts wichtig.

Die in den neuen Bundesländern befürchtete „Invasion“ von Sekten und religiösen Gruppierungen sei ausgeblieben. Es gebe nur wenige Sektenzentren und ebensowenig habe sich bisher eine Esoterik-Szene etablieren können, berichtet der Leiter der Berliner Außenstelle der Evangelischen Zentralstelle für Weltanschauungsfragen für den Bereich der östlichen Gliedkirchen, Andreas Fincke (dokumentiert im Novemberheft des Materialdienstes der EZW). Es sei zu vermuten, daß unter den (pseudo-)religiösen Bewegungen in Ostdeutschland künftig jene Zulauf finden werden, die wie die „Scientology-Kirche“ oder die „Transzendente Meditation“ die Bedürfnisse der Ostdeutschen thematisierten, also Leistungserweiterung und -steigerung. Gruppen mit starken christlich-religiösen Elementen würden vermutlich – aufgrund der fehlenden religiösen Sozialisation breiter Bevölkerungsschichten – ebenso wenig Bedeutung erlangen wie die klassischen Sekten, wahrscheinlich mit Ausnahme der Zeugen Jehovas.

Neuer Bischof der evangelischen Kirche von Berlin-Brandenburg wird der an der Heidelberger theologischen Fakultät lehrende Systematiker Wolfgang Huber. Er tritt im Frühjahr 1994 die Nachfolge von Bischof Martin Kruse an, der zunächst die Westregion der Berlin-Brandenburgischen Kirche und dann die seit 1991 wiedervereinigte Kirche leitete. Der neue Bischof war Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages und leitete in dieser Eigenschaft den Düsseldorfer Kirchentag von 1985. Seine theologische Arbeit galt u. a. dem Verhältnis von Kirche und Öffentlichkeit, den Staat-Kirche-Beziehungen und der Friedensethik.

Der frühere Bundesinnenminister und langjährige Präsident des Bundesverfassungsgerichtes, Ernst Benda, ist neuer Präsident des Deutschen Evangelischen Kirchentages und löst damit turnusmäßig die bisherige Präsidentin Erika Reihlen ab. Dem Kirchentagspräsidium gehört Benda bereits seit 1989 an. In die Amtszeit des neuen Präsidenten fällt der 26. Deutsche Evangelische Kirchentag im Juni 1995 in Hamburg.

Beilagenhinweis

Dieser Nummer sind ein Prospekt der Don Bosco Kommunikation, München, und eine Verlegerbeilage beigelegt.